



Klimabeitrag kann CO2-Emissionen im Stromsektor effektiv und kostengünstig senken - Alternative Vorschläge ineffektiv und teuer

Klimabeitrag kann CO2-Emissionen im Stromsektor effektiv und kostengünstig senken - Alternative Vorschläge ineffektiv und teuer
Gemeinsame Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), der Heinrich-Böll-Stiftung und der European Climate Foundation
Neue Studie vergleicht Klima-, Preis- und Beschäftigungseffekte von Vorschlägen für CO2-Minderung im Stromsektor
Mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen Klimabeitrag lassen sich die CO2-Emissionen im Stromsektor bis zum Jahr 2020 soweit senken, dass das von der Bundesregierung gesetzte 40-Prozent-Klimaschutzziel erreicht werden kann. Im Vergleich zu anderen derzeit diskutierten Optionen ist er die kostengünstigere und effektivere Variante. Der Klimabeitrag bietet Chancen für den wirtschaftlichen Strukturwandel und Beschäftigung. Der aktuelle kommunizierte Vorschlag der Reduktion von Braunkohlekraftwerken um 2,7 GW bleibt weit hinter dem von der IG-BCE erarbeiteten Alternativvorschlag zurück, ist sehr teuer und leistet keinen Beitrag für den Klimaschutz.
Dies sind die zentralen Ergebnisse einer heute in Berlin vorgestellten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung und der European Climate Foundation. "Mit der Einführung eines Klimabeitrags könnte der Stromsektor endlich die Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen, für die er mit seinen attraktiven Alternativen prädestiniert ist", sagte die Energieexpertin des DIW Berlin, Claudia Kemfert.
In der neuen Studie hat das DIW Berlin die Wirkung unterschiedlicher Ansätze analysiert, die derzeit diskutiert werden, um die zukünftigen Treibhausgasemissionen im Stromsektor zu senken. Die Modellierungen berechnen die zu erwartenden Stromerzeugungsmengen und CO2-Emissionen auf deutscher und europäischer Ebene bis 2020 und ermitteln Auswirkungen auf die Börsen- und Verbraucherstrompreise.
Klimabeitrag leistet signifikanten Beitrag zur Emissionsminderung im deutschen Stromsektor
Der Klimabeitrag kann die deutschen CO2-Emissionen im Stromsektor bis zum Jahr 2020 in der ursprünglichen Ausgestaltung um etwa 26 Millionen Tonnen zusätzlich zum Business-as-Usual (BAU) senken. Bei der jetzt diskutierten abgeschwächten Form werden nur noch 18 Millionen Tonnen zusätzlich reduziert. Die Minderung wird in beiden Fällen über eine begrenzte Produktionsverlagerung von alten Braunkohlekraftwerken auf effizientere und weniger CO2-intensive Steinkohle-kraftwerke sowie in geringerem Ausmaß von alten Steinkohle- auf Gaskraftwerke erreicht. Überkapazitäten werden abgebaut und der Markt bereinigt. Der Stromexportüberschuss wird vermindert.
Die inländische Stromproduktion verringert sich um drei Prozent gegenüber dem BAU-Szenario. Die Braunkohleverstromung geht durch den wirkungsvolleren ersten Vorschlag des Klimabeitrags um etwa fünf Prozent der gesamten Stromproduktion beziehungsweise 20 Prozent der Braunkohleverstromung zurück. Steinkohlekraftwerke in Deutschland kompensieren davon jedoch wiederum zwei Prozent der gesamten Stromproduktion.
Die jährlichen Nettoerduktionen von Emissionen im europäischen Stromsektor betragen 17 Millionen Tonnen CO2 im Jahr 2020. Zusätzlich dazu werden von den Kraftwerksbetreibern aufgrund der Funktionsweise des Klimabeitrags weitere 22 Millionen Zertifikate im europäischen Emissions-handelssystem (ETS) gekauft und dauerhaft stillgelegt, was einer zusätzlichen Reduktion von 22 Millionen Tonnen CO2 entspricht.
Einfluss auf die Haushaltsstrompreise ist vernachlässigbar
Die Berechnungen des DIW Berlin zeigen, dass die Auswirkungen des Klimabeitrags auf den Strompreis gering wären. Für private Haushalte läge die Mehrbelastung bei weniger als 0,2 Cent/kWh; große Industrieverbraucher hätten Strompreissteigerungen von knapp 0,3 Cent/kWh zu erwarten. Das Strompreisniveau liegt jedoch auch bei Einführung des Klimabeitrags unterhalb der Großhandelspreise der Jahre 2010-2013. Eine Abwanderung energieintensiver Industrie aufgrund steigender Strompreise ist deshalb nicht zu erwarten. Insgesamt würden die deutschen Energieversorger mit etwa 450 Millionen Euro im Jahr 2020 von dem leichten Preisanstieg auf der Erzeugungsebene profitieren - insbesondere modernere Steinkohlekraftwerke, die ihre Produktion steigern, aber auch Gaskraftwerke.
Durch die Einführung des Klimabeitrags sind nur geringfügige Arbeitsplatzverluste in der Kohlewirtschaft zu befürchten, da Kraftwerke nicht stillgelegt werden, sondern im Wesentlichen ihre Auslastung reduzieren müssen.
Klimabeitrag mit höheren Emissionsminderungen als Kraftwerksreserve
Weitere Instrumente zur Senkung der CO2-Emissionen haben dagegen in der DIW-Analyse weniger gut abgeschnitten, so auch der Vorschlag der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE), der die Einführung einer Kapazitätsreserve und eine stärkere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung vorsieht. "Die Einführung einer weiteren Kraftwerksreserve ist nicht zielführend", so Kemfert. "Bereits die Emissionsminderungen im Vorschlag der IG-BCE reichen nicht an das Potential des Klimabeitrags heran; dies gilt umso mehr für den aktuell in den Medien kommunizierten Vorschlag der Reduktion von Braunkohlekraftwerken um 2,7 GW, welcher nur einen sehr geringen Beitrag für den Klimaschutz leistet. Eine Reserve wäre außerdem von den Endkunden zu bezahlen und würde alten CO2-Schleudern noch ein goldenes Ende bereiten."
Martin Rocholl, Leiter der European Climate Foundation in Deutschland: "Eine echte Dekarbonisierung, wie sie nun von den führenden Industrienationen auf dem G7-Gipfel beschlossen wurde, kann nur gelingen, wenn mittelfristig auch die Infrastruktur angepasst wird. Die DIW-Studie bewertet die Klimaabgabe als einen effizienten Beitrag, die selbstgesteckten Ziele der Bundesregierung zur Reduzierung von CO2-Emissionen bis 2020 zu erreichen, ohne Stromkosten von Konsumenten und Industrie unnötig zu erhöhen. Der Vorschlag vermeidet gleichzeitig einen Einbruch bei Arbeitsplätzen, aber leitet den notwendigen Strukturwandel in den betroffenen Regionen ein."
Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, erklärt: "Wir sind froh, dass die Eindämmung der Kohleverstromung endlich auf der Tagesordnung steht. Die Klimaabgabe ist dafür ein effizientes Instrument, sofern sie nicht völlig verwässert wird. Der schrittweise Abschied von der Kohle ist unerlässlich, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen. Die Bundesregierung muss jetzt zeigen, dass die Rede von der Dekarbonisierung kein bloßes Lippenbekenntnis ist." Fücks verweist auf den globalen Boom erneuerbarer Energien: "Die Energiewende ist eine Frischzellenkur für den Industriestandort Deutschland. Sie fördert Innovationen und sichert die Jobs von morgen."
Die Studie des DIW Berlin wurde im Rahmen einer längerfristigen Kooperation zwischen den drei Projektpartnern im Hinblick auf die Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 erstellt und analysiert auch die Arbeitplatzeffekte und die Bedeutung des Strompreises für die energieintensive Industrie.
Renate Bogdanovic
Telefon: +49 30/89789-249
Mobil: +49 174/3193131
presse@diw.de
Presse Heinrich-Böll-Stiftung
Vera Lorenz
Telefon: +49 30/28534-217
lorenz@boell.de
Presse European Climate Foundation
Karin Riegger
Telefon: +49 (0) 30 847 12 11 96
Mobil: +49 (0) 157 71 33 57 96
katrin.riegger@europeanclimate.org
www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=594019" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.